

Uni Karlsruhe (KIT): Verantwortung der Wissenschaft auf die Agenda! Zivilklausel statt Militärforschung! Kehrtwende für KIT Struktur und Forschungsthemen!

Aus Anlass der endgültigen Entscheidung über die Grundsatzung des Universitätsteils des Karlsruher Instituts für Technologie KIT, in deren Rahmen auch über die seit Jahren geforderte Zivilklausel entschieden werden muss, wenden sich 150 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an das KIT Präsidium und den Gründungssenat.

Sie unterstützen den Antrag der Studierenden der Uni Karlsruhe, den gleichen Text in die Präambel zu übernehmen, der seit September 2010 für die Uni Tübingen rechtskräftig geworden ist: **"Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen."**

Zu den UnterzeichnerInnen gehören über 30 ProfessorInnen aus der Uni Karlsruhe und anderen Unis, die meisten aus Bremen. Beispiele: der Philosoph Prof. Matthias Maring am KIT – der Völkerrechtler Prof. Andreas Fischer-Lescano aus Bremen, der das Guttenberg-Plagiat aufdeckte – der Genetiker Prof. Peter Herrlich, langjähriger früherer Institutsleiter an Forschungszentrum und Uni Karlsruhe, Mitbegründer des Mainzer Appells der NaturwissenschaftlerInnen gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen, jetzt wiss. Direktor des Leibniz Instituts für Altersforschung in Jena – der Informatiker Prof. Hans-Jörg Kreowski aus Bremen, der im Kongress „Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel“ Ende Mai in der TU Braunschweig über Killer-Roboter vortragen wird (s. KIT-Projekt „kognitive Landfahrzeuge“).

Dazu kommt eine doppelte Zahl an Studierenden und WissenschaftlerInnen, dazu GewerkschafterInnen, PfarrerInnen und ParlamentarierInnen, darunter die Landtagsabgeordneten Johannes Stober (SPD) und Theresia Bauer (GRÜNE), die die Zivilklausel schon bei der KIT Gründung gefordert hatten. Ebenso die atompolitische Sprecherin der GRÜNEN Bundestagsfraktion Sylvia Kotting-Uhl und die friedens-, abrüstungs-, forschungs- und hochschulpolitischen Sprecherinnen der LINKEN Bundestagsfraktion Christine Buchholz, Inge Höger, Dr. Petra Sitte und Nicole Gohlke.

Die Forderung wird seit mehr als zwei Jahren erhoben und gründet sich auf eine studentische Urabstimmung und die bewährte Praxis des Forschungszentrums Karlsruhe, das als Großforschungsteil des KIT seit Gründung über eine entsprechende Zivilklausel verfügt.

Maßgeblich auf Druck der baden-württembergischen Landesregierung wurde die Entscheidung über die inzwischen bundesweit und international erhobene Forderung immer wieder verschoben. Wie die Initiative erklärt, sollte der KIT Gründungssenat am 8. März über den Studierenden-Antrag und die Grundsatzung entscheiden, war aber nicht beschlussfähig. Viele KIT ProfessorInnen und andere fehlten aus Protest über das undemokratische Verfahren und die autoritären Strukturen.

In seiner Not erfand das KIT Präsidium einen trickreichen Weg, die beantragte Zivilklausel mit einer Ethik-Bestimmung zu unterlaufen: **„Die Mitglieder des KIT richten ihr Handeln in Forschung, Lehre, Innovation und Dienstleistung an ethischen Grundsätzen und Kriterien aus. Das KIT gibt sich Leitlinien für diese ethischen Grundsätze.“** Mit dieser Bestimmung wird aber keineswegs Forschung und Lehre für militärische Zwecke unterbunden. Die Ethik-Bestimmung ist kein Ersatz, sondern eine Ergänzung zur Zivilklausel.

Offensichtlich um Fakten vor den Landtagswahlen zu schaffen, soll nun am 21. März die Entscheidung fallen. Dem Senat werden die bis dahin gesammelten Unterschriften übergeben. Dazu tritt eine etwa gleich große Zahl an Unterschriften für die gleiche Forderung eines Internationalen Appells aus dem Jahr 2009, der damit besonders fordert, dass unter dem Dach des KIT nicht Kernforschung und Waffenforschung angesiedelt werden dürfen. Zu den Unterzeichnern gehören der Bürgermeister von Hiroshima und Nobelpreisträger Jack Steinberger. Die Initiative erwartet von allen Senatsmitgliedern, mit **NEIN** zu stimmen zu einer Satzung ohne ausreichende Mitwirkungsrechte und **JA** zur Zivilklausel.

Dem KIT steht ein weiteres gravierendes Problem ins Haus, nämlich eine Kehrtwende im Energieforschungsprogramm. In völliger Verkennung der Bedeutung der erneuerbaren Energieträger, auch in friedenspolitischer Hinsicht, hatte sich KIT Präsident Prof. Horst Hippler für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke stark gemacht. Vielleicht wird er davon jetzt nichts mehr wissen wollen. Er hat die Möglichkeit, seine Haltung zu korrigieren und sich für den Studierenden-Antrag stark zu machen, der von der **„Erhaltung dernationalen Lebensgrundlagen“** als Forschungsaufgabe spricht. Die Initiative spricht die Bitte an alle Mitglieder des Gründungssenats aus, die Chancen der gegenwärtigen öffentlichen Debatte über die zukünftige Energiepolitik zu nutzen, durch Zustimmung zur Zivilklausel und zu einer demokratischeren Struktur und mit selbstbewussten

Impulsen für das Forschungsprogramm ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit gerecht zu werden. Damit, so meint die Initiative, würde gleichzeitig der neuen Landesregierung die Arbeit erleichtert werden.

Kontakt: Dr.-Ing. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de mobil 0160 9911 3131